Bericht und Antrag des Regierungsrats an den Landrat

2. Juni 2009

Nr. 2009-366 R-360-11 Bericht und Antrag des Regierungsrats an den Landrat zur Änderung der kantonalen Fischereiverordnung

A Zusammenfassung

Die Verordnung über die Fischerei stammt aus dem Jahr 1978. Letztmals wurde sie 1999 revidiert. Ein modernes Fischereiwesen bedarf einer effizienten Organisationsstruktur, setzt eine nachhaltige Fischereibewirtschaftung voraus und muss über die erforderliche Flexibilität im Patentwesen verfügen, um für die Kundinnen und Kunden attraktiv zu bleiben.

Mit der Revision der Fischereiverordnung und der anschliessenden Änderung des Fischereireglements soll ein weiterer Schritt zu einem modernen und nachhaltigen Fischereiwesen im Kanton Uri vollzogen werden. Die heute vorgesehenen Patentarten entsprechen teilweise nicht mehr den Kundenerwartungen und -bedürfnissen. Die Kompetenzen sind teilweise nicht stufengerecht festgelegt. So soll beispielsweise das Urner Fischereiwesen bei Bedarf ohne langwierige Rechtsänderungen neue Patentarten anbieten können. Die Verordnung soll deshalb möglichst flexibel ausgestaltet werden, damit auf Veränderungen schneller und zielgerichteter reagiert werden kann. Dies spricht dafür, die kantonale Fischereiverordnung noch konsequenter in Richtung einer Rahmenverordnung umzugestalten und Detailbestimmungen auf Stufe Fischereireglement zu regeln. Bei der Aktualisierung des kantonalen Fischereirechts ist im Weiteren Bewährtes zu belassen und lediglich Überholtes anzupassen. Die aktuellen Vorgaben des Bundesrechts, beispielsweise die Tierschutzbestimmungen, sind zu berücksichtigen. Zudem soll auch die Grundlage für ein leicht administrierbares Fischereiwesen geschaffen werden.

Vom 11. März 2009 bis 15. Mai 2009 wurde ein Vernehmlassungsverfahren zur Änderung der kantonalen Fischereiverordnung durchgeführt. Die Vernehmlassungsantworten zeigen

überwiegend eine breite Zustimmung zur vorgeschlagenen Anpassung des kantonalen Fischereirechts.

INHALTSVERZEICHNIS

A	Zusammenfassung	1
B	Ausführlicher Bericht	3
1	Ziele der Verordnungsänderung	3
2	Vernehmlassung	5
2.1	Ergebnisse der Vernehmlassung	5
2.2	Berücksichtigte Anliegen	7
2.3	Nichtberücksichtigte Anliegen	7
3	Auswirkungen	8
3.1	Finanzielle Auswirkungen	8
3.2	Personelle Auswirkungen	8
4	Erläuterungen zu einzelnen Bestimmungen	8
5	Antrag	11

Anhang: Verordnung über die Fischerei

Beilage: Vernehmlassungsadressaten

B Ausführlicher Bericht

1 Ziele der Verordnungsänderung

Als Grundlage für die Überarbeitung des kantonalen Fischereirechts dienten die folgenden Strategieziele:

Strategieziel 1: Das kantonale Fischereirecht wird aktualisiert, wobei Bewährtes belassen und Überholtes angepasst wird.

Begründung: Bewährt hat sich das in Uri etablierte traditionelle Patentsystem, im Vergleich zum Pachtsystem. Die Sportfischerei in Uri erzielt sehr gute Fangerträge und dies im Gegensatz zu praktisch allen anderen Kantonen, in denen massive Rückgänge beim Fischereiertrag und bei den Patentzahlen zu verzeichnen sind. Dementsprechend ist auch eine hohe Zufriedenheit der Fischerinnen und Fischer und der Verantwortlichen des Fischereivereins im Kanton Uri feststellbar. Im Weiteren haben sich auch die Aufgabenteilung zwischen dem Kanton und dem Urner Fischereiverein sowie die Synergien zwischen der Gewässerschutzfachstelle und der Fischereiverwaltung bewährt. Deshalb ist die Fischereibewirtschaftung unverändert fortzuführen. Auch der Fischereifonds ist beizubehalten, stellt er doch eine wesentliche Grundlage für die Kostentransparenz und die daraus ableitbare volle Kostendeckung des Fischereiwesens dar.

Änderungen drängen sich im Bereich des Patentwesens auf. Insbesondere lässt sich feststellen, dass es heute zwar viele Patentarten gibt, diese die differenzierten Kundenbedürfnisse aber teilweise nicht zu befriedigen vermögen. Zudem sind alte Verbote, wie beispielsweise das Fischereiverbot an öffentlichen Ruhetagen, überholt und aufzuheben. Die Tierschutzvorschriften des Bundes mit dem dazugehörigen Sachkunde-Nachweis sind in der Fischereiverordnung umzusetzen. Die Strafbestimmungen sind anzupassen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich das bisherige Fischereirecht weitgehend bewährt hat. Dies spricht klar für eine Teilrevision des kantonalen Fischereirechts.

Strategieziel 2: Das Fischereirecht zeichnet sich durch stufengerechte Gesetzgebung und Flexibilität aus.

Begründung: Das kantonale Fischereirecht ist heute bereits in eine landrätliche Verordnung und in ein regierungsrätliches Reglement unterteilt. Diese Regelungen sind weitgehend stufengerecht. Neu soll die Verordnung nur mehr die Rahmenbedingungen für das Patent-

wesen festlegen. Die detaillierte Ausgestaltung der Patente soll, analog zu anderen Vorschriften und Regelungen, in den Kompetenzbereich des Regierungsrats überführt werden. Dies erlaubt, künftig rascher und einfacher auf Veränderungen zu reagieren. Zudem sind verschiedene Zuständigkeiten überholt. Diese sind unter Berücksichtigung der Ziele einer sachgerechten und stufengerechten Kompetenzdelegation sowie einer einfachen Verfahrenskoordination zu überprüfen und soweit zweckmässig anzupassen. Schliesslich sollen auch die Konkordatsvorschriften für den Vierwaldstättersee nach wie vor im Sinne einer Harmonisierung der Vorschriften übernommen werden.

Zusammengefasst drängt sich auf, die kantonale Fischereiverordnung noch konsequenter in Richtung einer Rahmenverordnung umzugestalten.

Strategieziel 3: Die Fischerei im Kanton Uri ist für Einheimische und auswärtige Touristinnen und Touristen attraktiv.

Begründung: Die Patenteinschränkungen sollen, soweit dies vertretbar ist, reduziert werden. Nicht gesuchte Patente sind aufzuheben und neue Patente kundenorientiert einzuführen. Die bisherige Spezialregelung für Erwachsene und Jugendliche mit Wohnsitz ausserhalb des Kantons, die sich über einen früheren zehn Jahre dauernden Wohnsitz im Kanton ausweisen können, ist, verbunden mit einer Übergangsregelung, aufzuheben. Die Förderung von Jugendpatenten im Sinne einer sinnvollen Jugendförderung ist zu belassen, indem diese Patente nach wie vor günstig abgegeben werden. Die fischereilichen Möglichkeiten für die Jugendlichen sollen, soweit vertretbar, erweitert werden.

Die Zufriedenheit der Fischerinnen und Fischer im Kanton Uri ist hoch. Dies spricht dafür, die erfolgreiche und bewährte Fischereibewirtschaftung, die Aufzucht- und Besatzbemühungen weiterzuführen und dafür im Rahmen einer vollen Kostendeckung auch die personellen und finanziellen Ressourcen mittel- und langfristig sicherzustellen.

Strategieziel 4: Die Fischereibewirtschaftung im Kanton Uri ist nachhaltig.

Die Artenschutzanstrengungen, insbesondere bei der Seeforellenbewirtschaftung und damit verbunden der Renaturierung von Laichgewässern, haben sich bewährt. Die sich auf der roten Liste befindliche Seeforelle findet in den Urner Gewässern ihre wichtigsten Laichplätze und damit ihre wesentlichen Bestandesgrundlagen. Die Artenschutzanstrengungen sollen auch für die gefährdete Fischart der Äsche fortgesetzt werden. Bei den übrigen Fischarten ist die bewährte Fischereibewirtschaftung, sowohl in den Fliessgewässern wie auch in den Seen weiterzuführen.

Die Fischerei im Kanton Uri soll, wie bisher, auch in der Zukunft selbsttragend sein. Dies bedingt eine Vollkostenrechnung der Organe der Fischereiverwaltung, eine Weiterverrechnung der entsprechenden Dienstleistungen sowie den Weiterbestand des Fischereifonds. Die Patentgebühren, mit Ausnahme der Jugendpatente, sollen kostendeckend sein. Um das sicherzustellen, soll bei den Patentgebühren die seit 1994 aufgelaufene Teuerung angepasst werden.

Strategieziel 5: Das Fischereirecht erlaubt und fördert einen einfachen, zielgerichteten und effizienten Vollzug.

Die bestehenden Synergien zwischen der Gewässerschutzfachstelle und der Fischereiverwaltung sind weiterhin zu nutzen. Die Kompetenzen sind stufengerecht festzulegen, mit dem Ziel einer besseren Flexibilisierung z. B. im Patentbereich und einer einfacheren Verfahrenskoordination beispielsweise bei Sachbewilligungen. Die Fischereibewirtschaftung ist integral im Verantwortungsbereich des Kantons zu belassen. Abklärungen der Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion haben gezeigt, dass allfällige Auslagerungen bestimmter Aufgaben an den Urner Fischereiverein oder Dritte kaum umsetzbar oder nur nachteilig sind. Deshalb ist auch die bisher bewährte Aufgabenverteilung zwischen Fischereiverein und Kantonsverwaltung beizubehalten. Auch der Vorstand des Urner Fischereivereins hat dies der Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion so beantragt.

Im Patentwesen gilt es hingegen, eine einfachere und flexiblere Regelung zu finden. Mit einer Kompetenzdelegation in diesem Bereich an den Regierungsrat ist dies möglich. Zudem ist auch die Anzahl von heute 33 unterschiedlichen Patenten und Zusatzpatenten *deutlich zu reduzieren*. Dies vereinfacht die Administration und ist zudem noch kundenfreundlich.

Strategieziel 6: Die Gesamtenergiestrategie des Regierungsrats ist zu berücksichtigen.

Zwar enthält das Gewässerschutzrecht namentlich mit seinen Restwasserbestimmungen mehr Bezugspunkte zur Gesamtenergiestrategie des Regierungsrats als das Fischereirecht. Dennoch sind Berührungspunkte nicht auszuschliessen, die es zu berücksichtigen gilt.

2 Vernehmlassung

2.1 Ergebnisse der Vernehmlassung

Die Vernehmlassung fand statt vom 11. März 2009 bis zum 15. Mai 2009. Angeschrieben wurden alle Gemeinden, die Korporationen, Parteien, der Urner Fischereiverein und ver-

schiedene Organisationen, die im Bereich Tourismus oder Tierschutz tätig sind, sowie die Direktionen der kantonalen Verwaltung.

Mit ganz wenigen Ausnahmen geht aus praktisch allen Vernehmlassungsantworten hervor, dass man mit dem heutigen Fischereiwesen zufrieden und mit der allgemeinen Stossrichtung beziehungsweise den strategischen Zielen sowie der vorgesehenen Änderung des kantonalen Fischereirechts einverstanden ist. Ausnahmslos begrüsst wird die Förderung von jugendlichen Fischerinnen und Fischern mit der Abgabe von günstigen Jugendpatenten. Einige Vernehmlasserinnen und Vernehmlasser stellen den Antrag, die Jugendpatente für auswärtige Jugendliche gleich günstig abzugeben wie für einheimische Jugendliche. Ansonsten sind alle Vernehmlasserinnen und Vernehmlasser, mit zwei Ausnahmen, der Meinung, dass auswärtige Patentbezügerinnen und -bezüger mehr bezahlen sollen als einheimische. Mit einer Ausnahme stösst auf allgemeine Zustimmung auch das Ansinnen, Detailbestimmungen wie Fanggeräte, Schonzeiten, Patentgebühren, Kategorien von Patenten neu auf Reglementsstufe und lediglich die Grundsätze auf Verordnungsstufe zu regeln, um eine bessere Flexibilität zu erreichen. Mit zwei Ausnahmen wird auch die Anhebung der Patentgebühren um die seit 1994 aufgelaufene Teuerung als angemessen erachtet. Zusammengefasst wird mit zwei Ausnahmen ein grundsätzliches Einverständnis mit den vorgeschlagenen Änderungen der kantonalen Fischereiverordnung signalisiert.

Verschiedene Vernehmlassungsantworten weisen darauf hin, dass die kantonale Fischereikommission auch künftig durch den Regierungsrat und nicht, wie in der Änderung der Fischereiverordnung vorgeschlagen, durch die zuständige Direktion gewählt werden sollte.

Im Weiteren wird verschiedentlich, mit der Begründung einer weiteren Förderung der Fischerei, vorgeschlagen, bereits ab drei ununterbrochen bezogenen Tagespatenten die Fischerei für alle Gewässer freizugeben, sofern diese Fischerinnen und Fischer über den Sachkunde-Nachweis verfügen. Ansonsten wird aber fast ausnahmslos angemerkt, dass Fischerinnen und Fischer aus Tierschutzgründen die Fischerei ohne Sachkunde-Nachweis nur im Göschenalpstaausee, Urnersee und Seelisbergersee ausüben sollten. Dies gilt auch für Bezügerinnen und Bezüger von einzelnen Tagespatenten, damit gewässerökologisch und fischereibiologisch heikle Gewässer nicht von Auswärtigen "überrannt" werden.

Die Aufhebung des Fischereifonds ist nicht Gegenstand der vorgeschlagenen Änderung der kantonalen Fischereiverordnung. Dennoch wurde in einer Stellungnahme angeregt, den Fischereifonds aus Transparenzgründen aufzulösen. Andere Vernehmlasserinnen und Vernehmlasser begrüssen ausdrücklich die Beibehaltung des Fischereifonds, weil die Kostentransparenz auch so gewährleistet sei und insbesondere mit dem Fischereifonds sichergestellt werde, dass die Fischerei in Uri auch in Zukunft selbsttragend bleibe.

Weitere Bemerkungen und Anregungen betreffen insbesondere Bestimmungen, die auf der Stufe des Fischereireglements zu regeln sein werden. Dieses ist nicht Gegenstand der vorliegenden Änderung der Fischereiverordnung.

2.2 Berücksichtigte Anliegen

Der Regierungsrat unterstützt die Meinung, wie sie aus verschiedenen Vernehmlassungsantworten hervorgegangen ist, die Jugendfischerei zusätzlich zu fördern. Deshalb soll für Jugendpatente von auswärtigen Jugendlichen kein Zuschlag erhoben werden.

Zudem soll es möglich sein, ab ununterbrochenem Bezug von drei Tagespatenten in allen für die Fischerei geöffneten Gewässern fischen zu können. Solche Fischerinnen und Fischer müssen aber aus Tierschutzgründen über einen Sachkunde-Nachweis verfügen, gleich wie alle andern Fischerinnen und Fischer.

2.3 Nichtberücksichtigte Anliegen

Der Regierungsrat ist nach wie vor der Meinung, dass die Fischereikommission durch die zuständige Direktion gewählt werden soll. Die Fischereikommission ist primär eine Fachkommission und kein politisches Gremium.

Die generelle Öffnung aller Fischereigewässer für Tagespatentbezügerinnen und -bezüger lehnt der Regierungsrat aus fischereibiologischen, finanziellen und tierschützerischen Überlegungen ab. Die heute günstigen Tagespatente müssten deutlich verteuert werden, um das Fischereiwesen auch künftig selbsttragend zu betreiben. Für alle Fischereigewässer geöffnete Tagespatente würden nämlich die teureren Monats- und Jahrespatente konkurrenzieren. Verschiedene fischereibiologisch heikle Gewässer lassen es nicht zu, dass an ihnen mit Tagespatent und ohne Sachkunde-Nachweis gefischt wird. Die Aufsichtstätigkeit müsste ausgedehnt werden. Schliesslich wäre mit einem massiven "Tages-Fischereitourismus" von auswärtigen Fischerinnen und Fischern zu rechnen, was nicht sehr nachhaltig ist.

Die weiteren in der Vernehmlassung eingebrachten Anregungen sind nicht Gegenstand der vorliegenden Änderung der Fischereiverordnung oder betreffen vor allem Bestimmungen, die auf Stufe Fischereireglement geregelt sind. Der Regierungsrat wird das Fischereireglement nach dem Beschluss des Landrats zur Änderung der Fischereiverordnung anpassen.

3 Auswirkungen

3.1 Finanzielle Auswirkungen

Die Finanzierung des Fischereiwesens erfolgt nach Artikel 42 der Fischereiverordnung wie bis anhin vollumfänglich über den kantonalen Fischereifonds. Der Personalaufwand der Fischereiorgane, der Betrieb der Fischzuchtanlagen, die Fischereibewirtschaftung, die Aufwertung von Laichgewässern sowie weitere Aufgaben der Fischereiverwaltung werden vollumfänglich aus Mitteln des Fischereifonds finanziert. Der Aufwand der übrigen Verwaltung wird durch einen Anteil des Erlöses der Fischerpatente sowie eine Kanzleigebühr der Standeskanzlei abgegolten.

Das Fischereiwesen wird auch künftig zu 100 Prozent kostendeckend betrieben werden, was bedeutet, dass keine Steuergelder dafür verwendet werden sollen. Damit dies so bleibt, ist bei den Patentgebühren die seit 1994 aufgelaufene Teuerung anzupassen.

3.2 Personelle Auswirkungen

Mit der Änderung der kantonalen Fischereiverordnung sind keine personellen Auswirkungen verbunden.

4 Erläuterungen zu einzelnen Bestimmungen

Artikel 2 Absatz 3

Vergleiche Bemerkungen unter Ziffer 1 zu den Strategiezielen Nr. 2 und 5. Unter den Begriff der Sonderbewilligungen fällt neben der patentfreien Fischereierlaubnis (etwa im Rahmen von spezifischen Fischuntersuchungen) unter anderem auch die Abgabe eines Gratispatents an treue Fischerinnen und Fischer (zum Beispiel beim Bezug des fünfzigsten Patents) oder an Ehrengäste.

Artikel 3 letzter Satz

Das eidgenössische Tierschutzrecht verbietet neu unter anderem auch im Freiangelrecht das Angeln mit Widerhaken.

Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a bis c

Die Fischereikommission soll neu durch die Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion gewählt werden. Die Wahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter richtet sich nach den Bestimmungen des Personalreglements (RB 2.4213). Dies gilt auch für die Festlegung der Entschädigung. Die übrigen Bestimmungen werden belassen und soweit erforderlich auf Stufe Fischereireglement (RB 40.3215) konkretisiert.

Artikel 6

Es bedarf keines Erlasses von Reglementen über die Fischereiaufsicht. Es gelten auch hier die Bestimmungen des Personalreglements (RB 2.4213).

Eine Festlegung der Höchstzahl von Patenten ausserkantonaler Fischerinnen oder Fischer sowie ein entsprechendes Zuteilungsverfahren sind nicht erforderlich, wie die vergangenen Jahre gezeigt haben. Befürchtungen, dass zu viele ausserkantonale Fischerinnen und Fischer ein Jahrespatent beziehen, waren völlig unbegründet.

Die Erteilung der fischereirechtlichen Bewilligung für technische Eingriffe in Gewässer soll neu analog zur ohnehin erforderlichen Gewässerschutzbewilligung durch das zuständige Amt erteilt werden. Dies erleichtert die fachliche Koordination und entspricht auch der Praxis in anderen Kantonen.

Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe d und r sowie Absatz 3

Vergleiche Bemerkungen zu Artikel 6.

Artikel 8 Absatz 2 und 3

Vergleiche Bemerkungen zu Artikel 5. Nachdem neu die Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion die Fischereikommission wählt, soll diese auch die Anzahl Mitglieder bestimmen und durch sie in Fragen der Fischerei beraten werden.

Artikel 10 Absatz 1 erster Satz

Neu sollen die Fischerinnen und Fischer neben dem Patent auch den vom eidgenössischen Tierschutzrecht her verlangten Sachkunde-Nachweis-Ausweis mit sich führen.

Artikel 12

Vergleiche Bemerkungen unter Ziffer 1 zu den Strategiezielen Nr. 2 und 5.

Artikel 15

Fischerinnen und Fischer, die die Fischerei drei Tage in Folge oder länger ausüben wollen, müssen vor dem Patentbezug den Sachkunde-Nachweis beibringen. Im Gegensatz zu den Bezügerinnen und Bezügerern eines Eintagespatents, deren Fischereiberechtigung auf die fischereibiologisch wenig empfindlichen Gewässer wie Urner-, Seelisberger- und Göscheneralpsee beschränkt sind, können sie an allen für die Fischerei zugelassenen Gewässern fischen. Nach wie vor ohne Sachkunde-Nachweis können einzelne Tagespatente abgegeben oder das Freiangelrecht am Urnersee ausgeübt werden. Dies entspricht den Vorgaben des Bundesrechts (Tierschutzverordnung).

Artikel 18

Vergleiche Bemerkungen unter Ziffer 1 zu den Strategiezielen Nr. 2 und 5. Einschränkungen zum Umfang der Fischereiberechtigung sind wie bis anhin vorgesehen für Tagespatente, Schon- und Aufzuchtgewässer oder während den Schonzeiten.

Artikel 19

Vergleiche Bemerkungen unter Ziffer 1 zu den Strategiezielen Nr. 2 und 5.

Artikel 28 Absatz 3

Vergleiche Bemerkungen zu Artikel 28a bis d.

Artikel 28a bis 28d

Vergleiche Bemerkungen unter Ziffer 1 zu den Strategiezielen Nr. 2 und 5. Neu soll der Regierungsrat die spezifischen Gebühren festlegen. In der Verordnung wird aber der Gebührenrahmen festgelegt. Dies gilt auch für den Zuschlag für erwachsene Fischerinnen und Fischer mit Wohnsitz ausserhalb des Kantons und die Förderung der Jugendpatente.

Begründete Ausnahmen, beispielsweise für eine Gebührenbefreiung, sind das Fischen mit Ehrengästen der Regierung oder des Landrats.

Artikel 29 bis 33

Vergleiche Bemerkungen unter Ziffer 1 zu den Strategiezielen Nr. 2, 3 und 4.

Artikel 35

Vergleiche Bemerkungen unter Ziffer 1 zum Strategieziel Nr. 1.

Artikel 43 Buchstabe e

Die Strafbestimmungen werden an die Änderung der Fischereiverordnung angepasst. So fällt die Bestrafung der Fischereiausübung an den speziell erwähnten Feiertagen weg.

Ziffer II

Die geänderte Verordnung soll rückwirkend auf den 1. Januar 2010 nach Ablauf der dreimonatigen Referendumsfrist in Kraft gesetzt werden. Damit gilt das neue Fischereirecht für die neue Fischereisaison 2010.

Nach Artikel 26 des Bundesgesetzes über die Fischerei (BGF; SR 923.0) brauchen kantonale Vorschriften über die Bewirtschaftung, über Schonbestimmungen und über gefährdete Arten und Rassen eine Genehmigung des Bundes. Entsprechend untersteht die Änderung von Artikel 35 diesem Genehmigungsvorbehalt.

5 Antrag

Gestützt auf diese Überlegungen beantragt der Regierungsrat dem Landrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Änderung der Fischereiverordnung, wie sie im Anhang enthalten ist, wird beschlossen.

Anhang

Änderung der Fischereiverordnung

Beilage:

Vernehmlassungsadressaten

VERORDNUNG

über die Fischerei

(Änderung vom ...)

Der Landrat des Kantons Uri beschliesst:

I.

Die Verordnung vom 14. Juni 1978 über die Fischerei¹ wird wie folgt geändert:

Artikel 2 Absatz 3

³Das zuständige Amt² kann ausnahmsweise Sonderbewilligungen erteilen.

Artikel 3 letzter Satz

... Die Verwendung von künstlichen Lockfischen sowie von Löffeln, Spinnern, Fangnetzen, Köderflaschen, Fallnetzen und Angeln mit Widerhaken ist verboten.

Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a bis c

Buchstabe a bis c aufgehoben.

Artikel 6

Der zuständigen Direktion³ obliegt:

- a) die unmittelbare Aufsicht über das Fischereiwesen;
- b) die Wahl der Fischereikommission;
- c) der administrative Entzug der Fischereiberechtigung.

Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe d und r (neu) sowie Absatz 3 (neu)

²Es obliegt ihr insbesondere:

- d) die Überwachung von Bauten an und in Gewässern, von Staubecken- und Entsanderspülungen sowie -absenkungen;
- r) die Erteilung von fischereirechtlichen Bewilligungen für technische Eingriffe in Gewässer.

³Die Bewilligungen gemäss Absatz 2 Buchstabe r werden im Amtsblatt publiziert.

¹ RB 40.3211

² Amt für Umweltschutz; siehe Organisationsreglement (RB 2.3322).

³ Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion; siehe Organisationsreglement (RB 2.3322).

Artikel 8 Absatz 2 und 3

²Die zuständige Direktion⁴ bestimmt die Anzahl Mitglieder der Fischereikommission. Sie ernennt die Mitglieder und bezeichnet das Präsidium. In der Kommission sollen die Berufs- und die Angelfischerei vertreten sein.

³Die Fischereikommission berät die zuständige Direktion⁵ in Fragen der Fischerei.

Artikel 10 Absatz 1 erster Satz

¹Jede Patentfischerin und jeder Patentfischer hat bei der Ausübung der Fischerei das Patent samt Sachkunde-Nachweis-Ausweis bei sich zu tragen und auf Verlangen der Grundeigentümerin oder des Grundeigentümers oder der Pächterin oder des Pächters vorzuweisen. ...

Artikel 12 Kategorien

¹Es werden folgende Kategorien von Fischerpatenten erteilt:

- a) Angelfischerpatent;
- b) Berufsfischerpatent für den Urnersee;
- c) Zusatzpatente für Fischereihilfinnen oder Fischereihilfen der Berufsfischerinnen und Berufsfischer.

²Die Patente werden auf eine bestimmte Person ausgestellt und sind nicht übertragbar.

³Im Rahmen dieser Kategorien legt der Regierungsrat die Patentarten mit deren Gültigkeitsdauer und dem jeweiligem Berechtigungsumfang fest. Die Laufzeit eines Patents beträgt höchstens ein Jahr und endet mit dem jeweiligen Kalenderjahr.

Artikel 15

¹Das Patent kann nur auf den Namen einer natürlichen Person lauten. Diese muss:

- a) beim Jugendpatent 1 das 9., beim Jugendpatent 2 das 14., beim Patent für Erwachsene das 18. und bei der Berufsfischerin oder beim Berufsfischer das 18. Altersjahr zurückgelegt haben oder im gleichen Jahr zurücklegen;
- b) einen unbescholtenen Leumund genießen;
- c) ausreichende Kenntnisse über Fische und Krebse sowie die tierschutzgerechte Ausübung der Fischerei nachweisen (Sachkunde-Nachweis), sofern sie sich für eine Fischereiberechtigung mit einer ununterbrochenen Gültigkeitsdauer von drei Tagen oder mehr bewirbt.

⁴ Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion; siehe Organisationsreglement (RB 2.3322).

⁵ Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion; siehe Organisationsreglement (RB 2.3322).

²Der Regierungsrat regelt das Nähere in einem Reglement.

Artikel 18

Die Angelfischerpatente für Erwachsene erlauben das Fischen in allen für die Fischerei freigegebenen Gewässern. Der Regierungsrat kann Einschränkungen vorsehen.

Artikel 19

¹Das Jugendpatent 1 (9 bis 13 Jahre) und das Jugendpatent 2 (14 bis 17 Jahre) erlauben das Fischen in allen für die Fischerei freigegebenen Gewässern. Der Regierungsrat kann Einschränkungen vorsehen.

²Mit Ausnahme des Urner- und Seelisbergsees sowie des Göscheneralpsees darf die Inhaberin oder der Inhaber des Jugendpatents 1 nur unter Aufsicht einer Inhaberin oder eines Inhabers des Erwachsenenpatents fischen.

³Die Inhaberin oder der Inhaber des Jugendpatents 1 darf im Urnersee oder im Seelisbergersee vom Boot aus nur unter Aufsicht einer Inhaberin oder eines Inhabers des Erwachsenenpatents fischen.

Artikel 28 Absatz 3

³aufgehoben

Artikel 28a Gebührenrahmen (neu)

¹Für die Berufsfischerei werden Patentgebühren in nachstehendem Rahmen erhoben:

a) Berufsfischerpatent	Fr. 500.-- bis 1'000.--
b) Zusatzpatent je Gehilfin oder Gehilfen	Fr. 100.-- bis 200.--
c) Schonzeitpatent	Fr. 100.-- bis 200.--

²Der Gebührenrahmen für Patente von erwachsenen Angelfischerinnen und -fischern beträgt:

a) Jahrespatent	Fr. 200.-- bis 300.--
d) Wochenpatent	Fr. 50.-- bis 100.--
b) Tagespatent	Fr. 10.-- bis 20.--

³Die Patentgebühr für Jugendliche darf höchstens 50 Prozent derjenigen für Erwachsene betragen.

Artikel 28b Zuschlag bei Wohnsitz ausserhalb des Kantons (neu)

¹Berufsfischerinnen und Berufsfischer mit Wohnsitz ausserhalb des Kantons haben mindestens die dreifache, höchstens aber die sechsfache Patentgebühr zu bezahlen.

²Erwachsene Angelfischerinnen und Angelfischer mit Wohnsitz ausserhalb des Kantons haben mindestens die doppelte, höchstens aber die dreifache Patentgebühr zu bezahlen.

³Jugendliche Angelfischerinnen und Angelfischer mit Wohnsitz ausserhalb des Kantons haben höchstens die doppelte Patentgebühr zu bezahlen.

Artikel 28c Gebührenfestlegung (neu)

¹Der Regierungsrat legt die Gebühren für die Patente in einem Reglement fest.

²Er kann in begründeten Fällen Ausnahmen von der Gebührenpflicht vorsehen oder die Zuschläge herabsetzen.

Artikel 28d Zuschläge zur Patentgebühr (neu)

bisheriger Artikel 32

Artikel 29 bis 33

aufgehoben

Artikel 35 Nachtzeit

Von 23.00 bis 4.00 Uhr ist jedes Fischen verboten. Für den Urnersee gelten die Bestimmungen der interkantonalen Vereinbarung über die Fischerei im Vierwaldstättersee⁶.

Artikel 43 Buchstabe e

aufgehoben

⁶ RB 40.3231

II.

Diese Änderung untersteht dem fakultativen Referendum. Sie tritt am 1. Januar 2010 in Kraft. Die Änderung von Artikel 35 bedarf zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Bundes⁷.

Im Namen des Landrats

Der Präsident:

Der Kanzleidirektor: Dr. Peter Huber

⁷ vom Bund genehmigt am...

Vernehmlassungsadressaten**Eingang der Vernehmlassung***Gemeinden*

Gemeinde Altdorf	ja
Gemeinde Andermatt	nein
Gemeinde Attinghausen	ja
Gemeinde Bauen	nein
Gemeinde Bürglen	ja
Gemeinde Erstfeld	ja
Gemeinde Flüelen	ja
Gemeinde Göschenen	nein
Gemeinde Gurnellen	ja
Gemeinde Hospental	nein
Gemeinde Isenthal	ja
Gemeinde Realp	nein
Gemeinde Schattdorf	ja
Gemeinde Seedorf	nein
Gemeinde Seelisberg	ja
Gemeinde Silenen	ja
Gemeinde Sisikon	ja
Gemeinde Spiringen	ja
Gemeinde Unterschächen	nein
Gemeinde Wassen	ja

Korporationen

Korporation Uri	ja
Korporation Ursern	ja

Parteien

CVP Uri	ja
Junge CVP Uri	nein
FDP Die Liberalen Uri	ja
Jungfreisinnige Uri	nein
SP Uri	ja
JUSOuri	nein
SVP Uri	ja
Grüne Uri	ja

Organisationen

Urner Fischereiverein	ja
Gastro Uri	nein
IG Tourismus	ja
Uri Gotthard hoch hinaus	nein
AlpinaVera / IG Alpkäsemarkt	ja
Tierschutzverein Uri	nein
Pro Natura Uri	ja

Kantonale Verwaltung

Landammannamt	nein
Baudirektion Uri	nein
Bildungs- und Kulturdirektion	ja
Finanzdirektion Uri	ja
Justizdirektion Uri	ja
Sicherheitsdirektion Uri	ja
Standeskanzlei Uri	nein